

Feuilleton

Der Raum, in dem Protest möglich wird

In Istanbul wird seit Wochen protestiert. Spiegelt sich das in der neuen türkischen und internationalen Kunst? Die Kuratorinnen Bige Örer und Fulya Erdemci gehen dieser Frage in Berlin nach.

Manchmal bekommen Kunstausstellungen eine plötzliche, geradezu gespenstische Aktualität – weil ein Thema, das sich in der Kunst schemenhaft abbildete, plötzlich eine politische Sprengkraft und Dringlichkeit entwickelt, mit der kaum jemand rechnen konnte. So ist es mit einer aktuellen Ausstellung im Berliner Kunstraum Tanas. Es ist keine Ausstellung zu den Unruhen in der Türkei und in Brasilien – aber sie widmet sich dem Thema der Agoraphobie, also der Angst vor großen Plätzen, in der Gegenwartskunst, während die Bevölkerung auf die Plätze und Straßen der türkischen Metropolen Istanbul und Ankara strömt, um eben genau das zu tun, wofür die Agora, der Versammlungsort, bestimmt ist: die Meinung frei zu äußern, sich an politischen und sozialen Debatten zu beteiligen.

Erdogan reagiert mit Sturheit und hartem Polizeieinsatz gegen alle, die den öffentlichen Raum nutzen, um gegen die Instrumentalisierung des öffentlichen Raumes durch den muslimisch-konservativen Staat zu demonstrieren, und Erdogans Rücktritt fordern, und so liest sich diese Ausstellung, die als Prolog zur 13. Istanbul Biennale konzipiert wurde, die vom 14. September bis zum 10. November stattfindet, wie eine Anleitung und ein Spiegel, der in die Zukunft gerichtet ist: Die türkischen Kuratorinnen Fulya Erdemci und Bige Örer untersuchen die Funktion des öffentlichen Raumes, die Schnittstelle, an der das Private in das Gesellschaftliche eingreift und umgekehrt.

Urbane Freiräume in den Städten sind für sie die notwendigen Ausgangspunkte, an denen Unzufriedenheit und Kritik an bestehenden ökonomischen und politischen Verhältnissen aufbrechen. Aber was genau sind das für Freiräume? Und wodurch werden sie politische Räume wie in Istanbul, wo die grundlegenden politischen Unruhen ja nicht etwa ausgelöst wurden durch Proteste gegen Erdogan oder eine Muslimisierung, sondern durch vergleichsweise harmlose städtebauliche Umplanungen des Gezi-Parks? Und was ist die Rolle von Kunst in diesen Freiräumen?

Der öffentliche Raum, so die Kuratorinnen, könne jenseits der politischen Reibungsflächen durch künstlerische Maßnahmen und Interventionen zu einer weiteren Dimension der Auseinandersetzung verwendet werden, die politi-



Sie mögen Kunst nur, wenn sie laut ist: „Untitled (Megaphone)“ von Sener Özmen (oberes Bild) und „Protest Is Beautiful“ von Freee. Fotos Tanas Berlin / Ben Fitto

sche Motivation ergänzen und, wie Fulya Erdemci sagt, den Aktivismus um Poesie erweitern. Wie hat man sich dies vorzustellen?

Die ägyptische Künstlerin Amal Kenawy zeigt in ihrem Video „Silence of the Sheep“, das 2009 in Kairo entstand, eine Gruppe von Männern, die wie Schafe auf den Knien durch eine Straße kriechen. Sie führt diese Herde selbst an, die Performance endet mit der Verhaftung der Beteiligten. In der islamischen Gesellschaft ist eine Horde von Männern, die wie Vieh von einer Frau durch die Öffentlichkeit getrieben wird, ein Angriff auf die patriarchalischen und religiösen Grundvorstellungen. Jahre vor dem arabischen Frühling, der vom Tahir-Platz ausging, zeigte diese Performance von Kenawy so bereits Grenzen und Ängste der ägyptischen Gesellschaft, ohne die die politischen Handlungen nicht zu verstehen sind.

Eine Arbeit, die ebenfalls die Schwelle des öffentlich Erträglichen auslotet, ist das Video einer Aktion der brasilianischen Künstlerin Cinthia Marcelle. Eine Gruppe von Menschen jongliert an einer Fußgängerampel in Belo Horizonte mit brennenden Fackeln. Schaltet die Ampel für die wartenden Autos auf Grün, räumen die Künstler die Kreuzung, um dann wieder in der nächsten Rotphase mit weiteren Jongleuren fortzufahren. Am Ende der Performance – mittlerweile ist die ganze Straßbreite besetzt – bleiben die Künstler auf der Straße und blockieren den Verkehr. Die Geduld der Autofahrer ist sehr schnell zu Ende, das kollektive Aushalten des künstlerischen Eingriffs in den rasanten Fluss im urbanen Raum endet mit dieser übergriffigen Kunstaktion gegen die Verkehrsteilnehmer, die nun mit ihren Fahrzeugen sehr rabiat die Sperre der Fackeljongleure durchbrechen.

Als Vorbereitung auf die Auseinandersetzung mit der Funktion der Stadt und den Möglichkeiten der Bewohner, im urbanen, öffentlichen Raum demokratisch zu agieren, sieht der Hamburger Künstler Christoph Schäfer seine Zeichnungen. Er erklärt, wie die Stadt als Fabrik, als Produktionsraum für gesellschaftliche Strömungen und Ideen, funktionieren könnte, die den öffentlichen Raum als Gegenpol zu neoliberaler Stadtplanungspolitik erklärt. Christoph Schäfer bezieht sich auf die Ideen des französischen, marxistischen Philosophen Henri Lefebvre, der in den siebziger Jahren die Zukunft der Stadt als eigenen Produktionsort sah, der aus kollektiven urbanen Räumen entstehen sollte.

Gerade im Zusammenhang mit den aktuellen Entwicklungen in der Türkei ist diese Arbeit eine grundlegende Erinnerung daran, dass der urbane Raum durch öffentliche Besetzung durch die Bürger – und auch durch Künstler – mitgestaltet werden muss und weder staatlichen Plänen noch den überwiegend gewinnorientierten Projektentwicklern und Großkonzernen überlassen werden darf, schon weil sonst der Raum des Protests verbaut und so der Protest unmöglich oder zumindest unsichtbar würde. IVO GOETZ

Briefe an die Herausgeber

War die DDR-Opposition auf Abwegen?

Zur Debatte über die Vergangenheit der Bundeskanzlerin: Bis heute hält sich hartnäckig das Urteil, die DDR-Opposition hätten mit ihrer frühen Orientierung an dem neuen sowjetischen Kurs um Gorbatschow „reformkommunistische“ Attitüden ausgezeichnet. Dieses Vorurteil, vielfach kultiviert durch neueste Veröffentlichungen, entspricht keinesfalls der Wahrheit. Denn weder können die politischen Ziele der jungen Oppositionsgruppen pauschalisiert noch dürfen der Handlungsrahmen und die Spielräume innerhalb der SED-Diktatur missachtet werden. Glaubt man diesem Urteil, werden nicht nur die Mitglieder der Oppositionsgruppen, sondern auch die siebzigttausend mutigen Montagsdemonstranten vom 9. Oktober in Leipzig und die fünfhunderttausend am 4. November 1989 zu Reformkommunisten, denn freilich galt ihre Hoffnung zunächst der Umsetzung reformerischer Ansätze. Eine öffentliche Forderung, der DDR den Garaus zu machen, hätte wegen der eindeutigen Machtverhältnisse an politischen Selbstmord grenzt. Ohnehin konnte der Opposition zunächst nichts Besseres passieren, als die DDR-Führung mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. Und die schärfste Waffe war nun einmal Gorbatschow. Er war der Führer jenes Landes, von dem jedes Schulkind weiß, dass von ihm zu lernen siegen zu lernen heißt. Mit Gorbatschow zu argumentieren erschütterte die Grundfesten und verunsicherte große Teile der SED-Anhängerschaft.

Unterschätzt wird in der Geschichtsschreibung auch die Angst. Sie war es, die noch über Wochen große Teile der Opposition bewusst oder unbewusst lähmte und manch weiter gehende Forderung unterband. Dennoch: Jede Form von Protest, und sei es mit heute lächerlich anmutenden Forderungen nach vorsichtigen Öffnungen à la Glasnost und Perestrojka, stellte die DDR als Ganzes in Frage. Und er ebnete den Weg für Freiheitsrechte, die sich weder die Demonstranten der Straße noch die organisierte Opposition nehmen lassen wollten. Verkannt wird vor allem, dass es gerade dieser nicht konfrontative Kurs war, der nicht nur die Friedlichkeit der Revolution sicherte, sondern auch den Erfolg. Die Hilflosigkeit der Diktatur wird also nicht allein angesichts von Kerzenmeeren und stets verhandlungsberei-

ten Revolutionären deutlich. Dennoch waren es sie, die den DDR-Herrschaftsapparat zu immer weiteren Zugeständnissen zwangen, die letztendlich das Ende des Regimes besiegelten. Darüber hinaus bedeuteten Maximalforderungen, wie wir sie mit dem Wissen von heute durchaus berechtigt vorbringen können, damals eher die Isolation der Oppositionsgruppen und ihrer Rädelsführer. Das Wunschziel, freie Wahlen, hatte freilich keine der Gruppen aus dem Auge verloren.

Die offene Konfrontation war erst nach dem Mauerfall ratsam. Jetzt schieben sich die Geister. Bereits Ende November 1989 zwangen der „Aufruf für unser Land“ und der „Zehn-Punkte-Plan“ Helmut Kohls die Oppositionsbewegung Farbe zu bekennen. Eine klare Absage an den die DDR erhaltenden Aufruf erteilte unter anderen der Demokratische Aufbruch, der sogar noch weiter ging und Anfang Dezember zur Wahl einer deutschen Nationalversammlung aufrief. Absagen an den „Aufruf für unser Land“ folgten auch von der SDP und Teilen des Neuen Forums. Fortan trennte sich die Bürgerbewegung. Unversöhnlich standen sich neugegründete Gruppen und Parteien gerade in der Wiedervereinigungsdebatte und in der Frage Sozialismus oder Soziale Marktwirtschaft gegenüber. Die Auseinandersetzungen zwischen und in den Oppositionsgruppen über den zukünftigen gesellschaftspolitischen Weg waren hart und schmerzhaft. Sie zerrissen manche, lange im Untergrund verdeckte Gemeinsamkeit. Die ersten freien Wahlen warfen ihre Schatten voraus. Doch alle relevanten Oppositionsgruppen, mit hin ihre Vertreter von Angela Merkel, über Rainer Eppelmann, Markus Meckel bis Stephan Hilberg und Joachim Gauck, fanden zu klaren gesamtdeutschen wie marktwirtschaftlichen Perspektiven.

Schon deshalb wäre für die heutige Auseinandersetzung mit dem Erbe der untergegangenen Diktatur eine, den historischen Umständen gerecht werdende Auseinandersetzung hilfreich, um jeder Geschichtsklitterung Einhalt zu gebieten. Alles andere schmälert die Leistung jener mutigen Menschen, die an diesem neuen Deutschland gebaut haben, auf das wir heute zu Recht stolz sein können.

ANDREAS H. APALT,
DEUTSCHE GESELLSCHAFT E. V., BERLIN

Pflege braucht Personal, nicht Bürokratie

Bei all den lauten Rufen der Politik und einiger Berufsverbände nach einer Verkammerung der Pflegeberufe („Ab in die Kammer“, F.A.Z. vom 15. Juli) bleibt die Frage offen: Was soll die Kammer eigentlich praktisch regeln, und was kostet der Zwangsbeitrag? Die Pflegebranche gehört schon heute zu den am stärksten regulierten und geprüften Wirtschaftszweigen. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen, die Heimaufsichten und viele andere Instanzen überprüfen die Arbeit jeder Pflegekraft schon mehr als genug. Ein Drittel der Arbeitszeit bringt eine Pflegefachkraft ausschließlich damit, ihre Arbeit zu dokumentieren und nachzuweisen. Das kostet den Beitragszahler schon heute jährlich zwei Milliarden Euro. Nun fragt der Präsident des Deutschen Pflegeverbandes, Andreas Westerfellhaus: „Wer regelt Fort- und Weiterbildung, wer überwacht, wer sanktioniert, wer begutachtet?“ Mittler-

weile gibt es in der Pflege fast so viele Begutachter, Sanktionierer, Fortbilder und Überwacher wie pflegende Hände. Was die Pflege braucht, und dies besonders in den 12 000 deutschen Altenheimen, ist mehr Personal und nicht noch mehr Bürokratie. Bei all dem Zwang soll das einzige Bonbon, ein eigenes Versorgungswerk zu schaffen, verweigert werden. Das wäre aber ein echter Nutzen für die Mitarbeiter in der Pflege.

Wenn die Politik etwas für die Pflegekräfte tun möchte, dann soll sie die Personalschlüssel erhöhen und die Finanzierung zusätzlicher Betreuungskräfte in der Altenpflege vorantreiben. Das wäre dann eine spürbare Entlastung für die Pflegekräfte und ein wirklicher Nutzen für die Bewohner in den Seniorenheimen.

THOMAS GREINER, PRÄSIDENT DES
ARBEITGEBERVERBANDS PFLEGE, BERLIN

Ein wenig mehr an Pragmatismus

In dem bemerkenswerten Artikel von Rainer Blasius in der F.A.Z. vom 15. Juli mit dem Titel „Stauffenbergs Vorläufer“ wird nochmals deutlich, dass sich eine große Anzahl des deutschen Militärädelns schon seit 1942 in Widerstandszirkeln zusammengewunden hatte. Diese gebildeten, ja weltgewandten Offiziere hatten offenbar schon 1941 erkannt, dass dieser mörderische Krieg für das Deutsche Reich nicht zu gewinnen sei. Es ist jedoch festzustellen, dass die Widerstandskämpfer in ihrem Unterfangen, die Herrschaft Hitlers zu beenden, sich recht unbeholfen verhalten ha-

ben. Wenn sie denn zum Entschluss kamen, dass Hitler unbedingt zu eliminieren sei, so wäre es zielgerichteter gewesen, einen einfachen, aber treffsicheren Mafiakiller (à la Chicago) zu engagieren und diesen einzuschleusen. Tiefsinnige philosophische Überlegungen, wie nach dem Sturz Hitlers zu verfahren sei, haben das naheliegende Ziel verschleiert, nämlich dass der Bär erst erlegt werden muss, bevor sein Fell verteilt wird. Könnte es sein, dass ein wenig mehr an Pragmatismus mehr bewirkt hätte?

MARTIN VOGT, BERLIN

Eisner und die Räte

Der Artikel von Patrick Bahners zum neuzigsten Geburtstag von Karl Otmар von Aretin „Ein Missverständnis mit dem Grafen Stauffenberg“ (F.A.Z. vom 1. Juli) enthält leider einen Fehler, den ich als schmerzhaft empfinde, weil er eine alte Feuilleton-Legende weitverbreitet, die ich längst widerlegt hoffte: Kurt Eisner war nicht Ministerpräsident der „Räterepublik“, sondern Gründer und erster Ministerpräsident des „Freistaats Bayern“. Erst Eisners Ermordung auf dem Weg zur beabsichtigten Rücktrittserklärung im Bayerischen Landtag nach verlorener Landtagswahl führte zur Radikalisierung der Revolution, in deren Verlauf im April 1919 nacheinander zwei jeweils kurzlebi-

ge „Räterepubliken“ proklamiert wurden. Die Revolutionsregierung Eisners aus USPD und MSPD war keine Räteregierung, nur weil es Arbeiter- und Soldatenräte gab, genauso wenig wie der Bayerische Rundfunk ein „Rätefunk“ ist, nur weil es Rundfunkeinheiten gibt.

Näheres darüber enthält ein Aufsatz von just „unserem“ Jubilar Karl Otmар Freiherr von Aretin mit der Überschrift „Kurt Eisner: Gründer des Freistaats und sein erster Ministerpräsident“, unter anderem abgedruckt in dem Piper-Aktuell-Band „Freistaat! Die Anfänge des demokratischen Bayern 1918/19“, München 1994.

DR. FRIEDRICH WECKERLEIN, MÜNCHEN

Menschliche Überheblichkeit

Zum Artikel „Die Kreuzzügler“ in der F.A.Z. vom 12. Juli: Wenn der Bischof Fellay als Leiter der Pius-Bruderschaft recht hat, dass er die Wahrheit des Glaubens festhält, während das Zweite Vatikanische Konzil und der Papst unrecht haben, dann geben die Pius-Brüder indirekt Martin Luther recht, dessen ketzerische Aussage war: Papst und Konzilien können irren und haben geirrt. Bischof Fellay hat recht, dass es um eine, unteilbare Wahrheit geht. Aber er hat unrecht darin, dass wir

Menschen diese eine Wahrheit ganz erfassen können. Er vergisst 1. Korinther 13,12: „Wir sehen jetzt durch einen Spiegel rätselhaft (oder ein dunkles Bild), dann aber von Angesicht zu Angesicht. Jetzt erkenne ich stückweise, dann aber werde ich erkennen, wie ich erkannt bin.“

Zu behaupten, die eine Wahrheit im Glauben oder Erkennen erfasst zu haben, ist menschliche Überheblichkeit.

JOACHIM VAHRMEYER, PFARRER I. R.,
BRAUNSCHWEIG

Wahrheinländer

Großer Kulturpreis für Tony Cragg

Der in Wuppertal lebende Künstler Tony Cragg erhält den Großen Kulturpreis 2013 der Sparkassen-Kulturstiftung Rheinland. „Seit den siebziger Jahren erweitert Cragg die Grenzen des plastischen Arbeitens, stets auf der Suche nach neuen Formen. Dabei bleibt er Bildhauer im traditionellen Sinn: Er gestaltet Material und verleiht ihm dadurch Aussagekraft und Bedeutung“, heißt es in der Begründung. Die mit dreißigtausend Euro dotierte Auszeichnung, die seit 1989 verliehen wird, würdigt Craggs „überragenden künstlerischen Werk und sein Engagement für die Kunst“. Der 1949 in Liverpool geborene Bildhauer lehrt seit 1979 an der Kunstakademie Düsseldorf, wo er 2009 das Amt des Rektors übernahm, das er bis Ende des Sommersemesters innehat. Seit 2008 baut er auf dem Parkgrundstück „Waldfrieden“ in Wuppertal eine Skulpturensammlung auf. aro.

17 Millionen

Obersalzberg wird modernisiert

Das NS-Dokumentationszentrum am Obersalzberg wird mit mehr als 17 Millionen Euro modernisiert und erweitert. Dies teilte der bayerische Finanzminister Markus Söder (CSU) mit. Im Doppelhaushalt 2013/14 seien bereits 1,8 Millionen Euro eingepflanzt, um die Dauerausstellung mit weiteren Informationstafeln und neuer Technik auszustatten. Darüber hinaus sei eine bauliche Erweiterung des Zentrums geplant, für die noch im laufenden Jahr ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben werden soll. Mit dem Baubeginn könne frühestens 2015 gerechnet werden. Das Dokumentationszentrum wurde vom Institut für Zeitgeschichte konzipiert und eröffnete 1999 am Obersalzberg, wo Adolf Hitler von 1923 bis 1944 seine Ferien verbrachte. Ab 1933 nutzten die Nationalsozialisten den Ort neben Berlin als zweiten Regierungssitz. anko

Die unsichtbare Stadt

Wahre Geschichten aus der wünschenswerten Zukunft, weitererzählt von Harald Welzer

In den zwanziger Jahren setzten Sozialreformer in Chicago und anderen amerikanischen Städten ein Programm durch, das den wuchernden Slums mit sogenannten Housing-projects ein Ende machen sollte – mit der Errichtung von komfort- und hygienemäßig anständigen Quartieren, die sowohl die Kriminalitätsstatistik als auch die Lebensqualität der Bewohner erheblich verbessern sollten. Beides ging schief. Warum? Weil die verordneten Housings die gewachsenen Sozialstrukturen und von außen unsichtbaren Hilfenetze und Gemeinschaftsformen zerstörten, weshalb die neuen Viertel rasant verwahrlosten und noch mehr zu No-go-Areas wurden als die alten. Die Sozialingenieure hatten übersehen, dass sich in den chaotisch scheinenden Slums intern höchst funktionale Strukturen ausgebildet hatten, die den Leuten halfen, ihr schwieriges Leben einigermaßen zu meistern. Duschbad und Inntoilette waren kein Ersatz für Schutz gegenüber prügelnden Ehemännern oder die Freude des gemeinsamen Kochens.

Diese Lehre aus der Frühzeit der Sozialpsychologie scheint heute längst vergessen. Deswegen spricht man von „Implementierungsproblemen“, wenn man Projekte wie Energiewenden, neue Bahnhöfe oder Flughäfen umsetzen will und sich darüber wundert, wenn die Leute diese Veränderungen manchmal gar nicht wollen. Die modernste Version sozialtechnokratischen Denkens heißt „die Menschen mitnehmen“, und da kommt die Frage gar nicht erst auf, warum zum Himmel ebendiese Menschen denn wohl von irgendwem mitgenommen werden wollten. Stattdessen sprechen die unerbetenen Mitnehmer von „Wutbürgern“ oder „Nimbys“ („Not-in-my-Backyard“), wenn ihre

Beglückungen frecherweise einfach abgelehnt werden. Dabei wären Stadtanierungsvorhaben genauso wie Energiewenden viel leichter zu realisieren, wenn man einfach davon ausginge, dass diejenigen, die irgendwo wohnen, die Experten für die Strukturen ihrer Lebenswelt sind, während die Planer als fremde Besucher zunächst einmal keine Ahnung von den Kompetenzen und Sozialformen vor Ort haben.

Diese umgekehrte Definition von Experten und Laien liegt dem Projekt „Stadt (er)finden“ zugrunde, das die Architektin Saskia Hebert zusammen mit ihren Studierenden von der Universität der Künste in Berlin durchführt. In Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Lichtenberg geht es darum, ein sogenanntes Stadumbaugebiet ganz anders zu erschließen als gewöhnlich. In Teams aus „Externen“ (das sind beispielsweise Architekten, Planer und Künstler) und „Experten“ (Kinder, Rentner, Familien, Kioskbesitzer und so weiter) wird die unsichtbare Topographie des Viertels erschlossen, bevor man über die Umgestaltung der Orte nachdenkt. Hebert geht es zunächst also nicht um die Orte im physischen Sinne, sondern um jene biographischen und utopischen Orte, die Stadtviertel immer für diejenigen sind, die in ihnen leben und aufwachsen. In gemeinsamen Spaziergängen, Gesprächen über Fotoalben oder Stadtpläne erfahren die „Externen“ auf diese Weise, welche Häuser und Straßenecken welche Geschichten erzählen und weshalb sie trotz augenscheinlicher Hässlichkeit oder Verwahrlosung für die Stadt enorm wichtig sind.

Der Kiosk ist die Zentralstelle für die Verteilung von Informationen, die alte Schule der uneinnehmbare Spielplatz

und das alte Kino ein Sehnsuchtsort. „So etwas müsste man eigentlich mal vorschlagen“, sagt etwa der zwölf Jahre alte Alex Pecenjuk, „bauwürdige Ruinen! Die man nicht abreißt. Wo Kinder ruhig reinkönnen. Wie die alte Schule: Da ’nen Zaun rummachen und ein Schild dran, ‚Betreten verboten‘, aber da kann man keine Strafe für bekommen.“ Solche Sätze vermessen die städtische Wirklichkeit weit genauer als Laseroptiken. Ins Planerdeutsch übersetzt, schlägt Alex ja „Zwischennutzungen“ vor, ohne je von der Existenz solcher Konzepte gewusst zu haben. Genauso lernt man von den Leuten, wo eine Bar hin müsste und wo die Zentrale des Fahrdienstes, und man lernt, was nicht umgebaut und saniert werden muss, weil es über alle sozialen Veränderungen hinweg funktioniert und seinen Stellenwert behält. Das ist ein Ansatz, der weit über „Partizipation“ und „runde Tische“ hinausgeht.

„Denn Stadt“, sagt Hebert, „ist kein Konsensmodell“, sondern eine Differenzmaschine.“ Sie meint damit, dass die Stadt nur funktionieren kann, wenn sie die verschiedenen Zeit- und Erfahrungsschichten als Ressource von Identität und erst damit von Entwicklung begreift. „Raumzeugen“ wie der kleine Alex haben viel zur Kraft lokaler Kulturen und ihrer Zerbrechlichkeit gegenüber Eingriffen von außen zu sagen. Sie liefern das Material für eine Karte des unsichtbaren Stadtteils, dessen Bewohner man nirgendwohin mitnehmen, sondern denen man lediglich zuhören muss, um das Stadtviertel als Möglichkeitsraum zu verstehen.

Harald Welzer ist einer der bekanntesten deutschen Sozialwissenschaftler und Begründer der Stiftung Futurzei zur Förderung alternativer Wirtschaftsreformen und Lebensstile. Sein Buch „Selbst denken“ erschien bei S. Fischer.